

### Die christlichsoziale Partei über die Herabsetzung der Mehllquote.

Wie wir bereits berichtet haben, fand am 24. d. im Rathhause eine Zusammenkunft der Vertrauensmänner der christlichsozialen Partei statt.

Dr. Weiskirchner erklärte, daß die Stadtverwaltung in der Ernährungsfrage restlos ihre Pflicht erfüllt habe. Auf die Arbeiterbewegung der Vorwoche zu sprechen kommend, stellte Dr. Weiskirchner nach einem Bericht des „Weltblattes“ in erster Linie deren Effekt fest, der in einem viertägigen Lohnentgang und in einer Erklärung der Regierung bestünde, und besprach die Forderungen der Sozialdemokraten, insbesondere die Erweiterung des Gemeinbewahlrechtes, für das die Partei selbst stets eingetreten sei und auf Grund dessen sie selbst in den Gemeinderat gelangte.

Die klipp und klare Annahme der Forderungen von Seiten der Regierung habe die Parteileitung nicht ruhig hingelassen, sondern durch Bräuninger, Diebstensstein und den Redner ernste Vorstellungen erhoben, die es bewirkten, daß in dem einen oder andern Punkt eine festere Haltung von der Regierung eingenommen wurde. Ferner habe die Partei als erste der antisozialdemokratischen Fraktionen den Mut aufgebracht, in einer öffentlichen Kundgebung gegen die einseitige Taktik der Regierung zu protestieren und ihr zu sagen, daß es in Wien außer den Sozialdemokraten auch andre Menschen gebe.

Zum Schluß seiner Rede trat Dr. Weiskirchner für die Schaffung einer fest gefügten bezirksweisen Organisation ein, die bei Wiederholung derartiger Fälle, wo der Versuch unternommen werde, die bürgerliche Presse mundtot zu machen, dem Bürgermeister die Möglichkeit diene, sich mit der Bevölkerung ins Einvernehmen zu setzen, als Hort für die Ordnung und Sicherheit der Stadt.

Landesausschuß Kunjachal sprach von den Erregern des Ausstandes, als die er jene jugendlichen, unbesonnenen und radikalsten Elemente der sozialdemokratischen Partei bezeichnete, die bereits 1915 gegen Bernerstorfer austraten und sich auch nicht scheuten, öffentlich die alte Parteileitung zum Rücktritt aufzufordern.

Reichsratsabgeordneter Dr. Mataja wandte sich gegen das einseitige Unterhandeln der Regierung mit einer Partei, ohne die andern davon in Kenntnis zu setzen, und wiederholte den Appell zum straffen Zusammenhalten, damit bei künftigen Kämpfen jeder Mann der Partei auf seinem Platz zu finden sei.

Zum Schluß wurde eine Resolution angenommen, worin der Parteileitung Dank und Vertrauen ausgesprochen und die Schaffung der angelegten bezirksweisen Organisation beschlossen wird.